

Neues Jahr, neues Geld, neuer Streit

■ Kaum tritt Wim Duisenberg als Euro-Währungshüter an, da provoziert er neuen Streit mit Frankreichs Regierung: Die möchte den Holländer wie vereinbart in vier Jahren vorzeitig ablösen. Doch Duisenberg widersetzt sich

Berlin (taz) – Nicht alle gestern in Brüssel anwesenden Finanz- und Wirtschaftsminister konnten sich über die Geburtsstunde des Euro so richtig freuen. Während Italiens Finanzminister Carlo Azeglio Ciampi am Donnerstag stolz war, sich „einen europäischen Bürger italienischer Herkunft nennen zu können“, während selbst Japan und die USA zum „historischen Ereignis“ gratulierten, war Frankreichs Finanzminister Dominique Strauss-Kahn erobert über Euro-Währungshüter Wim Duisenberg. Er sei nun zwar auch „etwas mehr Europäer“ geworden, bemerkte Strauss-Kahn bissig, aber „nicht weniger Franzose“. Will heißen: Nur ein Franzose ist ein guter europäischer Zentralbankchef.

Und da fuchst es den Franzosen, daß der Präsident der neuen Europäischen Zentralbank (EZB), der Holländer Wim Duisenberg, ausgerechnet am Tag vor Silvester der Tageszeitung *Le Monde* erklärte, er werde keineswegs schon nach vier Jahren von seinem Amt zurücktreten. Das jedoch erwartet Frankreichs Regierung, die ihren Zentralbanker Jean-Claude Trichet auf dem Stuhl sehen will.

Grund genug für Strauss-Kahn, vor die Presse zu treten und auf dem vorzeitigen Rücktritt zu bestehen. Denn das war das Zugeständnis, das Staatspräsident Jacques Chirac Anfang Mai den übrigen EU-Regierungschefs in elfstündigen Verhandlungen abgetrotzt hatte. Eigentlich wollte Chirac Trichet als ersten Amtschef, die EU-Partner jedoch bestanden auf Duisenberg. Unter Helmut Kohls Vermittlung erhielt Chirac am Ende das Zugeständnis der Regierungschefs, daß Wim Duisenberg nach vier Jahren zugunsten Trichets zurücktreten werde; im Prinzip wird der EZB-Chef für acht Jahre gewählt.

Wäre dies stillschweigend vereinbart



Ein gigantischer Euro zielt seit Silvester die Fassade einer Pariser Bank Foto: Reuters

worden, wäre es für Duisenberg vielleicht noch erträglich gewesen. Doch Chirac verlangte eine öffentliche Erklärung. So erklärte Duisenberg dann notgedrungen, er trete formell für die vollen acht Jahre an, wolle „aus Altersgründen“ aber nicht die ganze Zeit im Amt bleiben. Damit ernteten Duisenberg und die EU das Hohngelächter der internationalen Presse. Duisenberg war als EZB-Chef geschwächt, bevor er überhaupt angefangen hatte.

Die achtjährige Amtszeit, mit der der EZB-Präsident die meisten Regierungschefs überdauert, soll die Unabhängigkeit vor der Politik garantieren. Kein Wunder, daß Duisenberg seitdem Stück für Stück zurückrudert. Bereits eine Woche nach dem EU-Gipfel betonte er vor dem Europaparlament, nie versprochen zu haben, daß er nach vier Jahren zurücktrete. Nun verneinte er gegenüber *Le Monde* einen Rücktritt nach vier Jahren. Und schloß vorgestern gegenüber der italienischen *La Repubblica* nicht einmal mehr aus, volle acht Jahre im Amt zu bleiben.

Die Äußerungen des EZB-Chefs seien „nicht konform“ mit Duisenbergs Versprechen gegenüber Chirac, sagte dagegen Strauss-Kahn trotz. „Ich habe keinen Grund zur Annahme, daß die Dinge anders ablaufen werden.“ Der niederländische Finanzminister Gerrit Zalm widersprach postwendend, Duisenberg habe nie ein konkretes Datum genannt.

So war die Freude über den Euro-Start am Donnerstag unter den Ministern getrübt, als sie den Wechselkurs des Euro festlegten. Er entspricht nun 1,95583 Mark, also knapp zwei Mark. Zum Dollar ergibt sich daraus ein Startkurs von 1,17 Dollar pro Euro. Und da konnte es Strauss-Kahn auch nicht besänftigen, daß anschließend mit französischem Champagner angestoßen wurde. Matthias Urbach

Schwere Vorwürfe aus London nach Geiselnbefreiung im Jemen

■ Überlebende weisen die offizielle Darstellung zurück. FBI-Beamte und britische Spezialisten wollen ermitteln

London/Sanaa (dpa/AFP) – Der tragische Ausgang der Geiselnbefreiung im Jemen hat zu schweren Spannungen zwischen der britischen und jemenitischen Regierung geführt. Das britische Außenministerium wirft den Behörden in Sanaa vor, bei der Aufklärung der Umstände der blutigen Aktion die „vollständige Zusammenarbeit“ zu verweigern. Die bisher vorgelegten Erklärungen seien „unbefriedigend“, hieß es in London. Auch die befreiten Geiseln richteten schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte des südarabischen Landes.

Der Jemen besteht darauf, daß die Sicherheitskräfte erst eingriffen haben,

nachdem die Entführer mit der „Erschiebung“ von Geiseln begonnen hätten. Die Überlebenden sagten dagegen übereinstimmend aus, daß das Feuergefecht von den Sicherheitskräften eröffnet wurde. Dadurch seien die Kidnapper „in Panik“ geraten. Vier britische Anti-Terror-Spezialisten und Beamte der amerikanischen Bundespolizei FBI sind zur Aufklärung der Ereignisse in den Jemen geflogen.

Elf der Überlebenden haben gestern die Heimreise angetreten. Die acht Briten, zwei US-Amerikaner und ein Australier wurden am Abend in London erwartet. Die zwölfte gerettete Geisel liegt noch mit Verletzungen im Krankenhaus in der je-

menitischen Hafenstadt Aden. Die Reisegruppe war am Montag von bewaffneten Entführern in der südlichen Provinz Abyan überfallen worden. Bereits 24 Stunden nach ihrer Gefangennahme wurde ihr Versteck in einer Bergregion etwa 120 Kilometer nördlich von Aden von Polizei und Militär gestürmt. In einem zweistündigen Feuergefecht starben drei Briten und ein Australier.

Die von einer anderen Entführerguppe unverletzt freigelassenen deutschen Geiseln verbrachten den Jahreswechsel in der Residenz der deutschen Botschafterin Helga Gräfin Strachwitz in Sanaa. Sie werden heute in Frankfurt er-

wartet. Außenminister Joschka Fischer (Grüne) dankte der Regierung in Sanaa für ihre „intensiven“ Bemühungen um die Freilassung der vor drei Wochen entführten Urlauber. In einem Schreiben an seinen Amtskollegen Abdulkader Ba Dschammal zeigte Fischer sich „außerordentlich erleichtert“ über das Ende der Geiselnahme. Jemenitischen Zeitungsberichten zufolge hatten die Entführer eine Million Mark Lösegeld und hohe Posten für Stammesangehörige in Militär und Verwaltung gefordert. In Sanaa hieß es, die Entführer hätten die Geiseln offenbar nach Gewaltandrohung von Seiten der Behörden freigelassen.

Herz in der Brieftasche ■ Deutschland übernimmt für sechs Monate die EU-Präsidentschaft

Europapolitik hat ihre eigenen Regeln. Auch wenn Deutschland seit gestern für ein halbes Jahr den EU-Vorsitz innehat, ist damit keine deutsche „Führungsrolle“ verbunden. Anders als in der deutschen Bundesregierung gibt es keine „Richtlinienkompetenz“. Denn die europäische Präsidentschaft ist kein Wahlamt, sondern rotiert nach festgelegtem Turnus. Das Vorsitzland ist vor allem Mittler und Makler, es muß Kompromißmöglichkeiten ausloten und entsprechende Pakete schnüren. Hat es zuviel eigene Ziele, kann es leicht scheitern. Wer wie einst John Major vor einem EU-Gipfel erklärt, „an erster, zweiter

und dritter Stelle“ seiner Europapolitik kämen britische Interessen, braucht sich nicht zu wundern, daß in wichtigen Fragen keine Kompromisse gefunden werden.

Denselben Fehler scheint nun auch Kanzler Schröder machen zu wollen. Kurz vor Beginn seiner Amtszeit hat er getönt, in der EU würde zuviel deutsches Geld „verbraten“. Und konsequenterweise belastet er nun auch die Verhandlungen um die „Agenda 2000“ mit dem Streit um die deutsche „Nettobelastung“. Bei der Agenda 2000 sollen die agrar- und strukturalpolitischen Ausgaben der EU so reduziert und umgebaut werden, daß eine Er-

weiterung um osteuropäische Staaten überhaupt möglich ist.

Das allein ist schon schwierig genug und benötigt einen Makler, der sein Herz bei der Sache und nicht in der eigenen Brieftasche hat. Von Schröder wird man da wohl nur wenig erwarten können, doch auch Außenminister Fischer, eigentlich als europäischer Visionär und legitimer Nachfolger des alten Kanzlers gehandelt, hat bisher kaum Konstruktives beigetragen.

Will Deutschland die EU wirklich voranbringen, so muß es eine bescheidene Präsidentschaft ausüben. Und vor allem muß es als Mitgliedsstaat manche Wei-

chenstellung neu vornehmen. Wenn etwa Finanzminister Oskar Lafontaine „unfairen Steuerwettbewerb“ eindämmen will, dann muß die Einstimmigkeit in der europäischen Steuerpolitik fallen, ein bisher auch von Deutschland unterstütztes Dogma. Und bei der Einführung europäischer Energiesteuern könnte Deutschland eine weitaus flexiblere Rolle einnehmen als unter der alten Bundesregierung.

Beides sind Projekte, die den Horizont von sechs Monaten übersteigen. Ein Grund mehr, die deutsche Präsidentschaft nicht zu hoch zu hängen. Christian Rath Bericht Seite 5

Kommentar

■ taz berlin

Hürdenlauf für Therapeuten
Mit 3.000 Psychotherapeuten ist Berlin bundesweit Spitze. Doch einigen macht ein neues Gesetz zu schaffen. Seite 23

ANZEIGE

Reich in Rente?
Faxen Sie die Rückseite dieser taz!

■ Nutzen der Beugung

Joschka Fischer hat sich die Worte von der US-Macht in den Mund legen lassen: Schuld an den Luftangriffen ist allein Saddam. Sibylle Tönnies fragt als erste in der Reihe „Bomben auf Bagdad“, ob man sich dieser Macht, die das Völkerrecht verachtet, beugen muß. Debatte Seite 9

■ Spitze durchs Spritzen

Mögen diverse Institutionen noch so beharrlich anderes behaupten, das Wort des Jahres 1998 war „Doping“. Bis zur Tour de France als Höhepunkt gab es eine stete Serie von Enthüllungen, die deutlich machte, daß heute mehr denn je gespritzt und geschluckt wird. Sport Seite 10



■ Die Seele der Tanzmusik – Die 40 Jahre währende Erfolgsgeschichte der Musikfirma Motown ■ Dämmerung um halb zwei – Stockholm lohnt den Besuch am ehesten im Januar ■ Verräter seiner Klasse – Kuba und sein Revolutionsjubiläum ■ Mit hundert Bibeln auf den Mond – Die meisten Naturwissenschaftler sind gläubiger, als ihre Forschungen nahelegen ■ Index on Censorship – Über die Zensur von Musik in der Sowjetunion taz mag 1 bis XII

Wetter Seiten 2 und 28
Fernsehprogramm Seiten 14 und 15
Wiese Seiten 16 und 17
Wahrheit Seite 28